

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

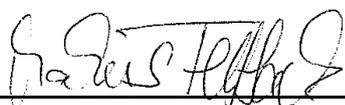
Niederschrift

Gremium:	Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport
Sitzungsdatum:	Montag, den 09.09.2024
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:14 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

Öffentliche Sitzung

es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche
Sitzung



Markus Fettback
Vorsitzender



Andrea Schwarzlose
Protokollführer

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Markus Fettback

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Frau Edith Braun
Frau Petra Fischer
Herr Werner Jacob
Herr Thomas Mildt
Herr Björn Paucke
Herr Dennis Weiß

sachkundige Einwohner

Herr Torsten Fettback
Frau Astrid Göttler
Herr Lukas Reddigan

Ortsbürgermeister

Frau Rita Platte
Herr Torsten Schulze

Protokollführer

Frau Andrea Schwarzlose

Mitarbeiter Verwaltung

Frau Kathleen Altmann

Abwesend:

Mitglieder

Frau Alexandra Schleef
Frau Dr. Anita Schupet

entsch.

entsch. Vertr. Hr. Rentner

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der EGem Stadt Tangerhütte am Montag, 09.09.2024, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-Nr.

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. | Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom | |
| 4. | Einwohnerfragestunde | |
| 5. | Information des Ausschussvorsitzenden | |
| 6. | Aufhebung Beschluss Antrag WG Lüderitz zur 2. Änderung zur Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte BV 1156/2024 vom 24.04.2024 | BV 0087/2024 |
| 7. | 2. Änderung zur Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte | BV 0088/2024 |
| 8. | 2. Änderung der Satzung zur Entschädigung für ehrenamtlich Tätige der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte | BV 0089/2024 |
| 9. | Information zum Stand der Konzeption offene Kinder- und Jugendarbeit ab 2025 | |
| 10. | Information zur aktuellen Bedarfsplanung Tageseinrichtungen - Kita Demker | |
| 11. | Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |

Öffentliche Sitzung

15. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
16. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
17. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Fettback eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Frau Schleef fehlt entschuldigt. Herr Rentner ist als Vertreter für Frau Dr. Schupet da. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Fettback schlägt vor, den TOP (Tagesordnungspunkt) 10 vorzuziehen als TOP 5.

Da einige Eltern aus Demker anwesend sind, die Fragen zu der Kita Demker haben.

Herr Fettback bittet um Abstimmung, den TOP 10 vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

Damit wird der TOP 10 vorgezogen.

Die Tagesordnung wird mit der Änderung so festgestellt.

TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom

Es liegt keine Niederschrift vor, da erste Sitzung in neuer Legislatur.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Ein **Einwohner** hat eine Frage zur Kita Demker. Warum soll die Kita in Demker geschlossen werden? Er berichtet, dass diese Kita einen schlechten Ruf hat, weil immer im Raum steht, dass diese geschlossen wird. Für die Eltern ist es schwer nachvollziehbar, dass sich diese Kita nicht rechnet.

Diese Frage wird zu dem TOP mitgenommen.

TOP 10: Information zur aktuellen Bedarfsplanung Tageseinrichtungen - Kita Demker

Dieser TOP wird als TOP 5 behandelt. Siehe TOP 2.

Herr Jacob stellt einen Geschäftsordnungsantrag, Anhören von Personen.

Herr Fettback lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Frau Altmann hält mithilfe eines Beamers einen Vortrag, siehe Anlage 1. Sie berichtet über den Stand der Bedarfsplanung von der Kita Demker. Aktuell bestehen 9 Betreuungsverträge in der Kita. Es kommen im Jahr 2025 zwei neue Verträge hinzu. Sie spricht über die Elternversammlung, die am 02.09.2024 in der Kita Demker stattfand. Es ist für sie verständlich, dass die Eltern die Struktur behalten wollen. Momentan arbeiten dort 3 Erzieher. Wenn aber eine Erzieherin krank wird, muss man abwägen, ob man verkürzte Zeiten macht oder die Kinder in einer anderen Einrichtung schickt. Die Einrichtungen sind zu 85 % ausgelastet. Sie spricht über die Grundbelegung der Kitas. Sie erklärt, dass man regelmäßig Personalprobleme hat. Momentan ist in Demker eine Erzieherin krank. Die zwei Erzieher, die noch da sind, arbeiten in einer Art 2-Schichtbetrieb. Einer morgens und einer nachmittags. Es besteht dort die Problematik, dass die Schutzkonzepte nicht eingehalten werden können. Sie schließt aus, dort noch mehr Personal vorzuhalten, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Jetzt steht man vor der Herausforderung, in den Oktoberferien, da zwei Erzieher Urlaub haben. Um eine verlässliche Basis zu errichten, wurde die Elternversammlung gemacht. Damit man weiß, was die Eltern brauchen, um gemeinsam den Weg zu gehen und den Abschied von der Kita Demker zunehmen. Sie erklärt, dass es momentan keinen Stadtratsbeschluss dafür gibt. Für den Träger ist es eine tägliche Abwägung, welches Risiko man tragen kann oder nicht. Momentan geht es um den Betrieb und wenn man den Betrieb nicht aufrechterhalten kann, müssen Maßnahmen ergriffen werden. Dies bedeutet, dass die Öffnungszeiten verkürzt oder die Schließung der Einrichtung angeordnet werden muss. Es geht darum, für alle Seiten auszuloten, ob man eine verlässliche Sache schafft und die Eltern bereit sind, ihre Kinder gesammelt nach Bellingen zu geben.

Ein Elternteil spricht ohne Mikrofon.

Frau Altmann erklärt, dass sie keine Ausführungen zum Personal machen kann, es wird aber an die Problematik der Krankenstände weitergearbeitet.

Es wird immer wieder von den Eltern ohne Mikrofon geredet.

Frau Altmann erklärt, dass bei der Elternversammlung lediglich Herrn Hintze gebeten wurde, keine politische Diskussion daraus zu machen. Er gehörte im Rahmen der Elternversammlung eigentlich nicht dazu, aber man hat dies geduldet. Es wurde Herrn Hintze nicht gesagt, dass er gehen soll.

Herr Brohm findet die Situation sehr bedauerlich und trotzdem sind die Zahlen eindeutig. Am Ende muss jemand eine Entscheidung treffen. Es wurde den Eltern offenbart, wozu man in der Lage ist und wozu nicht. Es ist von der Organisationsweise herausfordernd, da diese Kita eine durchschnittliche Belegung von 6 bis 7 Kindern hat, mit diesem Personalstand zu fahren. Dass das Folgen hat, ist allen bewusst und das seit einem Jahr. Er kann verstehen, dass nicht alle einer Meinung sind.

Herr Jacob bestätigt, dass dies seit einem Jahr bekannt ist. Seine Kritik ist, da das Thema im Stadtrat auch war, dort wurde gesagt, dass Demker nicht geschlossen werden soll. Er findet, man könnte ein geordnetes Verfahren verlangen. Dass die Eltern genügend Zeit bekommen und dass diese Probleme gemeinsam gelöst werden. Diese Geschichte vor ein hinzuschieben ist aus seiner Sicht, dass Unklügste was man machen kann. Er meint, genau wie Frau Altmann rechtliche Vorgaben hat, haben die Eltern auch einen Betreuungsvertrag. Die Eltern brauchen eine Verlässlichkeit, dass die Betreuung gewährleistet wird. Wenn das nicht möglich ist, muss man sich zusammensetzen und in einem ordentlichen geregelten Verfahren, so klären, dass dies bereinigt wird.

Frau Braun erklärt, dass dieses Thema mit der Kita Demker schon seit 2021/2022 präsent ist. Es gab einen Stadtratsbeschluss, wenn der Erweiterungsbau Lüderitz fertig ist, wird Demker geschlossen. Sie kann die Befürchtung der Eltern nachvollziehen und was das für ein Kleinkind an seelischer Belastung und auch einen zusätzlichen Aufwand für die Eltern bedeutet. Deshalb hat man gesagt, dass es langfristig, geordnet und systematisch langlaufen muss und nicht aus der Not heraus. Sie erklärt, dass über Schließzeiten generell der Stadtrat befindet. Daran wurde sich nicht gehalten. Sie findet es unerträglich, wenn ein örtlicher Einwohner, Stadtrat und Ortschaftsratsmitglied sich in dieser Beratung gibt und ihm das Wort entzogen wird. Das Kuratorium hätte sagen sollen, dass Herr Hintze sprechen darf.

Es sprechen Eltern ohne Mikrofon.

Frau Braun hat gehört, dass Kinder schon von vorneherein nach Tangerhütte umgeleitet werden. Sie findet, dass das Ganze sehr unsauber und unglücklich abgelaufen ist. Vor einem halben Jahr wurde im Sozialausschuss uns mitgeteilt, dass 200 – 300 Std. zu viel im System sind. Also muss doch mehr Personal sein, als Kinder da sind. Sie meint, so geht es nicht und unterstützt Herrn Jacobs Ausführungen.

Ein **Einwohner Nr. 1** findet, dass das Prozedere genau wie im letzten Jahr ist. Dies ist eine hochpolitische Entscheidung. Er spricht über die Schließung der Grundschule in Uetz. Es ist jedem klar, dass die Situation schwierig ist. Die Art und Weise ist nicht in Ordnung. Es wurde als Konsolidierungsmaßnahme in den Haushalt aufgenommen. Diese Maßnahme wurde vom Stadtrat abgelehnt. Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass die Betreuung sichergestellt wird. Es ist das Vertrauen nicht mehr da, weil man denkt, dass dies absichtlich gemacht wird. Ob die Kita Demker bleibt oder nicht muss der Stadtrat entscheiden. Sollte man sich zu einer Schließung entscheiden, dann sollte dies in einem geeigneten Zeitrahmen geschehen.

Herr Brohm gibt zu, dass es letztes Jahr eine Hauruckaktion gewesen ist. Damals wurde schon gesagt, dass man auf die Situation, wie sie jetzt ist zusteure. Dazu gehören Unverlässlichkeit, verkürzte Öffnungszeiten usw. Nicht jeder war mit dem pädagogischen Angebot zufrieden. Die Kita wurde zwischen Weihnachten 2023 und Neujahr 2024 verschönert. Auf einer Elternversammlung (Anfang 2024) gab es Lob, wie schön alles ist. Er berichtet, dass die Geburtenzahlen zurückgehen. Im Juli 2024 wurde offen diskutiert, dass es nicht besser wird. Am Ende sitzt man vor der Herausforderung, dass der Träger Dinge einzuhalten hat, z. B. das Schutzkonzept. Er erklärt, dass drei Erzieher 36 Kinder im Alter von 3 Jahren betreuen können. In Demker sind es 9-11 Kinder. Es wurde den Eltern mitgeteilt, dass man reden muss und dass das nicht leicht wird, dass weiß auch jeder. Das Faktum kann man nicht ändern. Er spricht noch einmal an, dass Herr Hintze von allein gegangen ist. Das Ziel liegt im Sinne der Kinder, ein geordnetes System herzustellen und ein stabiles Angebot machen zu können.

Herr Mildt findet, dass es für ihn viele neue Informationen sind. Er spricht über ein Beispiel, wenn er sich bei einer Firma bewerben möchte und er kriegt mit, dass diese Firma schon länger darüber spricht zuzumachen, würde er sich gar nicht erst dort bewerben. Genauso, denkt er, wird es bei den Eltern sein. Er hat gehört, dass Kinder abgelehnt wurden, die gerne in Demker gegangen wären.

Dies ist für ihn nicht nachvollziehbar. Es hätten mehr Kinder da sein können. Bei einigen Kindern soll es gar keine Info zurückgegeben haben. Das kann er gar nicht verstehen.

Frau Altmann stellt noch einmal ausdrücklich klar, dass es von seitens der Verwaltung keine Ablehnung von Eltern gibt. Sie hätte gerne mal die Namen gehabt, um das mal nachvollziehen, zu können. Es wurde aktiv niemand abgelehnt. Die neuen Anfragen sind erst nach der Elternversammlung angekommen.

Ein weiterer **Einwohner Nr. 2** sagt, dass es abgelehnte Anträge gibt. Das hat er auch schriftlich.

Frau Altmann bittet diesen Einwohner, dass er ihr die Namen sagen soll, wer abgelehnt wurde.

Der **Einwohner Nr. 2** möchte hier nicht den Namen sagen.

Frau Altmann findet, dass es nur fair wäre, diesen Namen mitzuteilen.

Der **Einwohner Nr. 2** erklärt, dass Frau Altmann an gegebener Stelle den Namen mitgeteilt bekommt. Er fragt nach, wie lange müssen die Schließzeiten vorher angekündigt werden?

Frau Altmann klärt auf, dass es betriebsbedingte Schließzeiten sind, diese müssen gar nicht angezeigt werden, weil der Träger eine Fürsorgepflicht hat. Wenn nicht genügend Erzieher da sind, um die Kinder zu betreuen, dann muss eine Entscheidung getroffen werden. Dazu ist man gesetzlich verpflichtet. Das Jugendamt wird über jede Schließung und Verkürzung informiert.

Der **Einwohner Nr. 2** fragt, was in der Satzung von Tangerhütte drinsteht.

Frau Altmann antwortet, dass die Schließzeiten der Satzung anders gelagert werden. Die werden beschlossen und dann ausgehängt. Die haben mit den aktuellen Schließzeiten der Kitas nichts zu tun. Es müssen bei den aktuellen Schließzeiten Maßnahmen ergriffen werden.

Dieser **Einwohner Nr. 2** spricht über die Urlaubszeiten der Erzieher, die sich überlagern.

Frau Altmann erklärt, dass das Personal für die Kita Demker aus anderen Einrichtungen umgesetzt worden ist. Die Erzieher haben ihren Urlaubsplan schon fertig gehabt. Die Urlaubspläne müssen im November des Vorjahres abgegeben und genehmigt werden. Einen genehmigten Urlaub zurückzunehmen, ist nicht möglich.

Eine **Einwohnerin Nr. 3** spricht über das, was seit Oktober 2023 in der Kita Demker alles los gewesen ist. Durch den Erzieherwechsel und der neuen Kitaleitung war alles wieder schön in der Kita. Bis wieder ein Brief an die Eltern ging, dass die Kita schließen muss, wegen Urlaubsüberschneidung. Die Eltern haben gesagt, dass sie das nicht möchten. Es gibt Eltern, die haben keinen Führerschein. Ein Elternteil hat die Schließung angesprochen. Dann hieß es von Seiten der Verwaltung, dass die Kita irgendwann schließen muss. Es wurde noch von den Schließzeiten im Sommer gesprochen. Die Eltern waren auch dagegen, dass die Kita 2 Wochen zu macht. Aber die Eltern sind dem Träger entgegengekommen und haben gesagt, dass sie es machen. Sie hat sich dann bei einem anderen erkundigt und dieser hat gesagt, dass in der Satzung drinsteht, nicht länger als 10 Tage. Nach dem Sommerurlaub wurde die Kita Demker wieder geschlossen, weil die Erzieher in Bellingen aushelfen mussten. Die Eltern ohne Führerschein haben auch da nicht ihre Kinder in die Kita bringen können. Es wurde bei der Elternversammlung besprochen, dass die Eltern sich ein Kopf machen sollen, wie die Schließung stattfinden kann. Daraufhin hat sie Frau Braun informiert. Frau Braun hat dann auf Herrn Hintze hingewiesen. Sie hat Herrn Hintze gefragt, ob er mit zur Elternversammlung kommen könnte. Das Elterngespräch verlief so, dass Herr Hintze sich nicht äußern durfte. Die Eltern möchten, dass die Kita so lange am Laufen bleibt, wie möglich. Es gab keine Einigung. Die Eltern sind bei der Elternversammlung am 02.09.2024 um 21:00 Uhr aufgestanden und sind gegangen. Beim Gespräch ging es nicht um einen Zeitraum. Herr Brohm hat auf einmal gefragt, ob man das in 2 - 4 Wochen über die Bühne kriegen kann. Man hat Kinder, die nicht nach Bellingen wollen. Die Eltern des Kindes würden gerne das Kind nach Lüderitz bringen, aber dort wird gesagt, dass alles voll ist. Sie spricht über das, was nach der Elternversammlung besprochen wurde. Sie saß mit Herrn Brohm, Frau Altmann, die Kitaleiterin, die zwei Erzieherinnen und Frau Fischer noch zusammen. Sie merkt an, dass Frau Fischer keine Äußerung dazu gemacht hat. Es wurde an diesem Abend beschlossen, dass die Kita in Demker in den Oktoberferien geschlossen und dass danach die Kita nicht mehr öffnen wird.

Herr Jacob kann es nicht verstehen, dass man in die Kita investiert und sich dafür loben lässt, aber hinterher überlegt, wie werde ich die Kita los. Das kann er nicht nachvollziehen. Er versteht auch nicht, dass es kein Protokoll dazu gibt und auf Hören und Sagen zurückgreifen muss. Hier ist man dann machtlos, Aussage gegen Aussage. Er bittet die Verwaltung, in Zukunft ein Protokoll zu führen. Niemand hat was dagegen, wenn sachlich, ordentlich diskutiert wird. Aber nicht die Leute hin-

bestellen und das ungefähr „Friss oder stirb“ mit den Eltern umgegangen wird. So geht man nicht mit seinen Bürgern um.

Frau Braun hätte es nie für möglich gehalten, dass sie sich mit solchen Dingen befassen muss. Man sollte erstmal in den Gremien diskutieren und eine Entscheidung herbeiführen. Erst dann geht man in die Elternschaft. Hier geht es hin und her. Die Kita in Demker wird seit einem Jahr negativ besetzt. So ein Problem hat sie noch nie erleben müssen. Sie appelliert an Frau Fischer und Herrn Brohm, dass hier der Weg der Demokratie gegangen wird. Es sollte geguckt werden, was die Eltern tun, die kein Auto haben. Diese Eltern und Kinder sind benachteiligt. Man will den ländlichen Raum für Familien so attraktiv, wie möglich machen.

Frau Fischer bestätigt, dass die Diskussion seit einem Jahr besteht. Ihr macht die Situation krank. Sie hat in den 28 Jahren als Ortsbürgermeisterin immer für die Kita Demker gekämpft. Sie möchte die Kita auch nicht zu machen. Sie liest ein Brief vom Ortschaftsrat Demker vor, siehe Anlage 2. Sie übergibt den Brief an Herrn Brohm.

Ein **Einwohner Nr. 4** erwartet vom Bürgermeister kreative Ideen und nicht wie in einer Elternversammlung, es sollen alle mehr Kinder zeugen. Man sollte ein bisschen an die Struktur denken. Auf Tangerhütte.de wurde über die Kitabetreuung auf dem ländlichen Raum geschrieben, dass sie sehr wichtig ist. Er hofft, dass sich Herr Brohm dafür einsetzt.

TOP 5: Information des Ausschussvorsitzenden

Herr Fettback informiert darüber, dass Herr Jacob sein Stellvertreter für den Sozialausschuss sein wird.

Frau Braun verlässt den Raum.

Frau Altmann informiert über die Partnerschaft Lüderitz (Namibia) und Lüderitz. Dieses Thema wird im Hauptausschuss und Stadtrat auf der TO (Tagesordnung) stehen. Beim Netzwerktreffen in Berlin haben beide das Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet. Damit haben sich beide Städte zur Zusammenarbeit verpflichtet. Das Ganze ist unter dem Thema der globalen Nachhaltigkeitsziele gestaltet. Es wurde darauf hingewiesen, dass man für eine Stelle Förderung von 90 % für einen Zeitraum von zwei Jahren erhalten kann. Es geht darum, zu entscheiden, ob man das machen möchte. Dabei sind die Themen nachhaltige Städte und Bildungspolitik auf der Agenda. Hier hat man die Möglichkeit, die 2 Jahre mit einer geförderten Stelle zu nutzen, um Entwicklungspolitik für unsere Kommune zu gestalten.

TOP 6: Aufhebung Beschluss Antrag WG Lüderitz zur 2. Änderung zur Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte BV 1156/2024 vom 24.04.2024 Vorlage: BV 0087/2024

Herr Fettback bittet um Abstimmung der BV 0087/2024.

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses vom Antrag der WG Lüderitz über die 2. Änderung zur Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte BV 1156/2024 des Stadtrates vom 24.04.2024.

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 2x Nein, 1x Enthaltung

Frau Braun betritt nach der Abstimmung den Raum.

Frau Braun möchte, dass die 10.000 € Regelung beibehalten wird. Diese wurde von der Kommunalaufsicht nicht beanstandet.

Herr Jacob erklärt, dass er es abgelehnt hat. Da es sich hier um einen beratenden Ausschuss handelt, ist die Abstimmung nicht schädlich und kann im Hauptausschuss noch einmal diskutiert werden.

Frau Braun möchte ihr Gesagtes wörtlich haben. Sie sagt: „Dass das einfach von der Verwaltung nicht beachtet wird. Sie hat einen Antrag gestellt. Einige Dinge wurden von der Kommunalaufsicht beanstandet. Darüber will sie nicht streiten. Aber das, was nicht beanstandet wurde, hat dann doch drin zu bleiben. Und nicht anders. Was ist denn das für ein undemokratisches Verfahren. Das habe ich in der Fraktionsvorsitzendenrunde am Donnerstag gesagt. Für mich ist das jetzt klar, dass das drin ist.“

Frau Altmann erklärt, dass man zwei Beschlüsse fassen muss. Der eine ist die Aufhebung des alten Beschlusses. Im Folgebeschluss ist diese Änderung wieder mit drin.

Herr Brohm klärt noch einmal auf. Dieser Beschluss muss aufgehoben werden, weil einiges von

der Kommunalaufsicht beanstandet wurde. Jetzt hat man eine neue Hauptsatzung die Rechtskonform ist. In der Vorlage des nächsten Beschlusses befindet sich eine Synopse, § 19 unter Aufgaben der Ortschaftsräte (OR) steht drin, dass die OR bis 10.000 € entscheiden dürfen.

TOP 7 2. Änderung zur Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte **Vorlage: BV 0088/2024**

Frau Braun ist dagegen, dass alles digital verschickt wird. Sie findet, dass jedes Mitglied das Recht hat zu wählen, ob digital oder schriftlich.

Herr Fettback klärt auf, dass es um die Veröffentlichung geht und nicht um die Sitzungsunterlagen.

Frau Braun berichtet, dass der alte Stadtrat darüber befunden hat. Es sind nicht alle Bürger digital unterwegs und man hat nicht überall Internet. Sie findet das sehr einschränkend mit der Bekanntmachung. Sie meint, damit entfernt man die Bürger noch mehr. Sie findet es schwierig, darüber konsequent zu entscheiden, Bürger ausschließen zu wollen. Sie ist dagegen.

Herr Jacob spricht über die Schaukästen. Die Bürger, die nicht digital unterwegs sind, können sich über den Schaukasten informieren.

Frau Braun erklärt, dass in Orte mit mehreren Ortsteilen nur noch ein Schaukasten zum Aushängen genommen wird.

Herr Rentner fragt nach, ob die Termine für eine Ortschaftsratsitzung im General Anzeiger stehen. Es wird ohne Mikrofon geredet.

Frau Altmann führt dazu aus, dass es einen Stadtratsbeschluss gab, wo nicht zugestimmt worden ist, dass die Bekanntmachungen nur noch digital zu machen sind. Es ist nicht nur alleine der finanzielle Hintergrund, sondern der General Anzeiger wird nicht mehr so regelmäßig veröffentlicht. Es wurden zum 01.01.2024 die Preise angehoben und die Termine sind zusammengeschrumpft, wann man veröffentlichen kann. Wenn man die Veröffentlichung über die Homepage macht, ist es am nächsten Tag auch einsehbar und in Kraft. Es gibt die Möglichkeit, sich informieren zu lassen. Sie erklärt, dass es um die großen Sitzungen geht, wie z. B. Hauptausschuss usw. Alles was den Ortschaftsrat betrifft, bleibt in den Schaukästen. Es stellt sich die Frage, ob es für den Stadtrat und die Ausschüsse für viel Geld in der Zeitung veröffentlicht werden muss. Dadurch macht man sich auch abhängig von den Fristen.

Herr Jacob findet, dass man wegen den Fristen nicht argumentieren kann. Wenn man beides macht, digital und Zeitung, würde man die Fristen umgehen.

Frau Altmann klärt auf, dass man beim General Anzeiger zu einem Stichtag die Bekanntmachung abgeben muss, um dass es dann zu einer anderen Frist veröffentlicht wird.

Herr Jacob fragt nach, dass Frau Altmann ausgeführt hat, dass man die Fristen Genüge tun kann, wenn man es digital macht.

Frau Altmann erklärt, dass geht nur, wenn man die Hauptsatzung so beschließt.

Herr Jacob meint, dann beschließen wir beides, um die Fristen zu umgehen. Dann liegt nur noch die Argumentation der Kosten vor.

Herr Rentner findet, digital wäre besser. Dort kann man mehr Informationen zeitnah bekommen.

Herr Mildt arbeitet in einem Seniorenwohnpark und er staunt, wie pfiffig die älteren Leute mit einem elektronischen Gerät umgehen können. Er findet, es hängt nicht vom Alter ab, sondern ob ich mich damit beschäftigen möchte oder nicht. Er findet, es ausreichend im Internet zu veröffentlichen.

Herr Brohm erklärt, dass man diesen Dienst auf der Homepage schon gebaut hat. Ohne Werbung zu machen, haben sich schon 150 Bürger dafür angemeldet.

Herr Fettback möchte wissen, wie viel Abdeckung man erreichen muss. Den General Anzeiger bekommt man, ob ich will oder nicht. Kommt man den Informationsauftrag nach, wenn man nur eine Abdeckung von so und so viel Prozent hat? Er fragt nach, ob es ein Gesetz dafür gibt, die das regelt.

Herr Brohm meint, dass die Zeitung auch direkt im Müll landen kann, ohne vorher dort reinzuschauen. Wenn für uns geregelt wird, dass wir es nur noch digital machen, dann ist es so in Ordnung. Dem Gesetzesgeber ist es egal. In beiden Fällen kann man nicht einschätzen, wie viele Leser es gibt.

Herr Fettback findet, wenn ich die Zeitung in den Müll schmeiße, dann ist das eine aktive Handlung, die ich selbst durchgeführt habe.

Herr Brohm erklärt, dass man keinen Anspruch auf den General Anzeiger habe.

Herr Fettback bittet um Abstimmung über die BV 0088/2024.

Der Stadtrat beschließt nach Versagung und Aufhebung der Änderungssatzung zur Hauptsatzung mit BV 1156/2024 vom 24.04.2024 und Aufhebungsbeschluss 0087/2024 vom 25.09.2024 folgende neue, korrigierte 2. Änderung zur Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte.

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 4x Nein, 0x Enthaltung

TOP 8 2. Änderung der Satzung zur Entschädigung für ehrenamtlich Tätige der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte **Vorlage: BV 0089/2024**

Herr Fettback liest die BV vor. Er fragt nach, zu wann die Satzung in Kraft treten soll?

Frau Altmann antwortet, dass Satzungen nach der Veröffentlichung in Kraft treten. Sie spricht über den Antrag aus der Ortschaft Grieben, dies ist so möglich. Diese Werte sind so nicht in diesem Haushalt eingeplant und bedeuten Mehrausgaben.

Frau Braun erklärt, dass bei der Erhöhung der Tarife auch ein Datum steht. Hier ist es der 01.07.2024. Sie gibt dem Antrag aus Grieben recht. Diese Entschädigungen tangiert nicht haushalterisch. Das hat nichts mit dem Haushalt zu tun, sondern mit dem Genehmigungsverfahren.

Herr Mildt möchte eine namentliche Abstimmung haben.

Herr Jacob weist darauf hin, dass es ein Geschäftsordnungsantrag ist und er sich mit beiden Händen nach oben melden muss.

Herr Fettback liest die BV komplett vor.

Frau Braun berichtet von der Fraktionsvorsitzendenrunde. Es wurde ein Vorschlag gemacht, dass für alle Ehrenamtliche die Entschädigung vollzogen werden soll.

Herr Jacob stellt einen Geschäftsordnungsantrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, die Entschädigungssatzung aller anderen ehrenamtlichen Tätigen, laut Verordnung, vorzulegen.

Herr Fettback lässt über die Formulierung von Grieben abstimmen.

Der OR Grieben beschließt daher, dass die entsprechenden Paragraphen für das Inkrafttreten (§ 2 bzw. § 11) wie folgt formuliert werden sollen:

Die 2. Änderung bzw. die Satzung tritt rückwirkend zum 1.7.24 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 2x Nein, 2x Enthaltung

Herr Fettback lässt über den Änderungsantrag von Herrn Jacob abstimmen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Entschädigungssatzung aller anderen ehrenamtlichen Tätigen, laut Verordnung, vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 2x Nein, 2x Enthaltung

Herr Fettback lässt über die BV 0089/2024 mit diesen Änderungen abstimmen.

Der Stadtrat beschließt beiliegende 2. Änderung der Satzung zur Entschädigung für ehrenamtlich Tätige der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte.

Abstimmungsergebnis:

Markus Fettback	Ja	Petra Fischer	Enthaltung
Werner Jacob	Ja	Dennis Weiß	Nein
Thomas Mildt	Nein	Björn Paucke	Ja
Edith Braun	Ja	Norman Rentner	Enthaltung

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 2x Nein, 2x Enthaltung

TOP 9: Information zum Stand der Konzeption offene Kinder- und Jugendarbeit ab 2025

Frau Altmann hält mithilfe von einem Beamer einen Vortrag. Sie spricht über die Jugend- und Kinderkonferenz, die im Kulturhaus stattgefunden hat. Sie berichtet über die Förderrichtlinie, siehe Anlage 3.

Frau Altmann teilt mit, dass es für Uchtdorf und Demker jemanden für dieses Ehrenamt gibt, um dort die Kinder und Jugendlichen zu betreuen.

Frau Braun meint, dass Lüderitz mit am preiswertesten ist. Sie macht es ehrenamtlich, zusammen mit einem 22-jährigen jungen Mann. Es wird eine Hausordnung gemacht und alle ab 14 Jahren können kommen. Sie berichtet über den Container, der noch nicht angeschlossen ist an Wasser, Abwasser und Strom. Ohne Anschluss kann sie keine Jugendarbeit dort leisten. Sie bittet um Un-

terstützung des Stadtrates und der Verwaltung, dass das endlich realisiert wird. Es mangelt an den Anschlusskosten. Sie möchte Projekte mit dem Verein Kinderstärken e.V. machen.

Herr Jacob war bei der Jugend- und Kinderkonferenz anwesend. Die Zeit für diese Konferenz war eine Katastrophe. Das hat man an die wenigen Teilnehmer gemerkt. Er fand die Vielfalt der Aktivitäten, die je nach Inhalt und Bedürfnissen, der Ortschaft möglich sind und entstehen, gut.

TOP 11: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Herr Mildt fragt nach, ob es möglich ist, dass der Sozialausschuss um 18:00 Uhr anfangen kann.

Frau Braun erklärt, dass dies schon oft genug diskutiert worden ist. Sie meint, man muss auf die Berufstätigen Rücksicht nehmen. Deshalb muss man auf die 19:00 Uhr Regelung bleiben.

Herr Jacob erklärt, dass es in der Geschäftsordnung steht, wann die Sitzungen beginnen. Wenn man die Geschäftsordnung geändert haben will, muss man einen Antrag stellen.

Herr Mildt erklärt, dass er früh anfangen muss zu arbeiten.

Herr Fettback schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:04 Uhr.